

und Medina, möchte die Golfkrise für vorsichtige Reformen nutzen. Deshalb erklärte er seinem Volk, auch den „Dhimmis (Nicht-Moslems) unter den Kuweit-Befreiern“ solle erlaubt sein, „ihre religiösen Riten auszuüben“.

Da denkt schon Kronprinz Abdullah anders. Er gilt als Führer jener Kräfte im Land, die in jeder Liberalisierung eine Gefahr für das System sehen und gerade jetzt zurückschlagen: Sie verfolgen 47 saudische Bürgerinnen, die sich Anfang November in Riad ans Steuer ihrer Autos gesetzt hatten, um gegen das Fahrverbot für Frauen zu demonstrieren. Sie ermutigen die Religionspolizei, welche die Einhaltung der Korangebote überwacht, auch in Häuser von Ausländern einzudringen.

Und die saudischen Zensurbehörden entfernen weiterhin aus Paketen und importierten Publikationen neben Bildern spärlich bekleideter Frauen alle fremden religiösen Darstellungen. Zu solchen zählen sie Photos von Kirchen, Krippen und Weihnachtsbäumen.

In diesem Jahr freilich wurden die Schnüffler durch eine Flut von Weihnachtssendungen für die fremden Soldaten aus den USA und England überspült. Die Kontrolleure kapitulierten. Deshalb schmückten jetzt Weihnachtskarten britische Challenger-Panzer. In Unterkünften der Amerikaner flackern batteriebetriebene Kerzen auf Plastik-Tannenbäumen. Lametta weht im Wüstenwind.

Nur wo Saudi-Bürger hinkommen, verboten Offiziere christlichen Weihnachtsschmuck und jüdische Chanukka-Leuchter – das Lichtfest der Juden fiel in diesem Jahr fast mit Weihnachten zusammen. Die Vorgesetzten können spontane Feiern jedoch nicht stoppen. Da raten sie ihren Mannschaften: Singt doch lieber Lieder wie „Rudolph, das rotnasige Rentier“ (des Weihnachtsmannes) und nicht „Stille Nacht“ oder „O kleines Städtchen Bethlehem“.

Viele Soldaten haben als Weihnachtsgruß in Ermangelung anderer Möglichkeiten ein Händchen voll Sand nach Hause geschickt – und damit zuweilen Sortiermaschinen der US-Post blockiert. Heimweh kommt gerade zur Festzeit auf. Kim Thompson, 24, weibliche Angehörige der Militärpolizei, nannte einem angereisten Kongreßabgeordneten ihren einzigen Weihnachtswunsch: „zu erfahren, wann wir hier wegkommen“.

Für eine gesunde Heimkehr wollen die Militärgeliebten beten, wenn sie in der Weihnachtsnacht „diskrete Gottesdienste“ abhalten. Die Andachten werden in geschlossenen Räumen stattfinden oder weit draußen in der Wüste – auf daß die Einheimischen davon so wenig bekommen wie vom Schofar-Horn des Rabbi Romer.

Österreich

So verhasst

Nach zehn Wochen zählen Ringens hat Wien wieder eine Regierung der Großen Koalition – sie startet belastet.

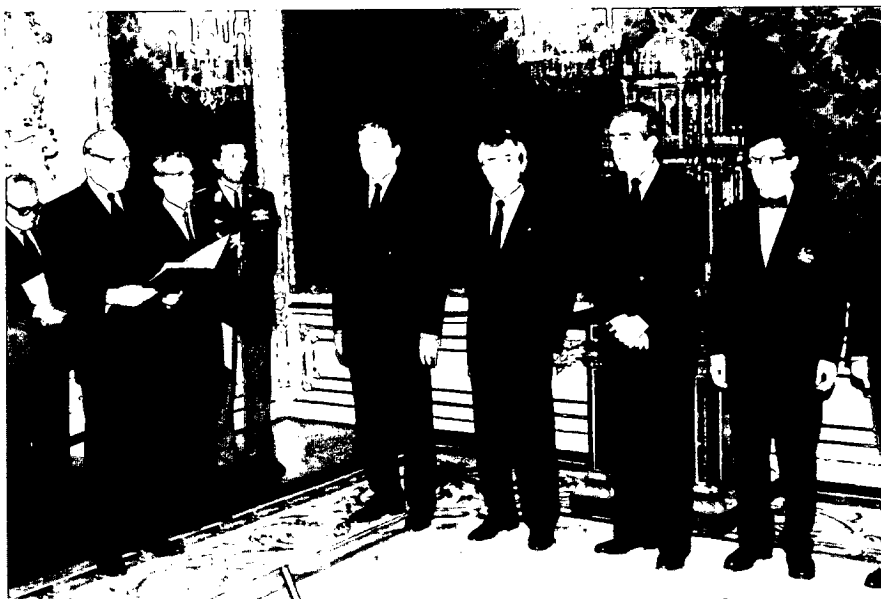
Das Christkind war in diesem Jahr besonders lieb zu mir“, sagte Jörg Haider, 40, Chef der oppositionellen rechtsliberalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), als die Zusammensetzung des Wiener Kabinetts bekannt wurde. „Die neue Koalitionsregierung betrachte ich als frühes Weihnachtsgeschenk.“

Der als Populist und Opportunist befiedelte Haider, der das Bundesland

lichkeiten überschattete Regierungsbildung. Fast wäre die große Koalition noch im letzten Moment an dem Kandidaten gescheitert, den die Sozialisten als Nachfolger für Justizminister Egmont Foregger genannt hatten. Daß der parteilose Jurist gehen mußte, stand für die SPÖ fest.

Unter ihm waren zahlreiche führende SPÖ-Politiker, darunter Ex-Kanzler Fred Sinowatz, wegen ihrer Verstrickung in verschiedene Affären vor Gericht gestellt worden – und der Justizminister hatte es nicht, wie seine Amtsvorgänger, per Ukas von oben verhindert.

Als Nachfolger schlug Kanzler Vranitzky den parteilosen Sektionschef im Justizministerium und ehemaligen ORF-Generalintendanten Otto Oberhammer vor. ÖVP-Vizekanzler Josef



Vereidigung des neuen Wiener Kabinetts*: „Symbolhafter Fehlstart“

Kärnten regiert, hatte die beiden „Altparteien“, wie er Österreichs Sozialisten (SPÖ) und die konservative Volkspartei (ÖVP) geringschätzig nennt, schon bei den Wahlen im Oktober das Fürchten gelehrt. „Nun hat sich unsere Position noch weiter verbessert“, freute sich Haider mit Blick auf die neue Kabinettsliste. „Das ist eine Verliererpartei, die bald untergehen wird.“

Der Optimismus des Aufstiegers, der nach den nächsten Wahlen selbst Kanzler werden möchte, ist durchaus begründet. Noch ehe die neue Regierung vorigen Montag von Bundespräsident Kurt Waldheim vereidigt wurde, waren im frisch gemauerten Koalitionsgebäude bereits die ersten klaffenden Risse sichtbar geworden.

„So verhasst und verkrampft ist noch keine Regierung gestartet wie das Kabinett Franz & Josef II“, beschrieb Wiens *Profil* die von Pannen und Pein-

Riegler stimmte zu. Das brachte jenen Flügel der Volkspartei vor allem in den Alpenländern auf die Barrikaden, der von Anfang an eine kleine Koalition mit dem Rechten Haider gewollt hatte.

Mit dubiosen Mitteln, bis zur Publikation geheimer Unterlagen der Ermittlungsbehörden, wurde Oberhammer in die Nähe von Udo Proksch gerückt, jenem ehemaligen Darling der Wiener Szene und Vertrauten zahlreicher Spitzenpolitiker, dem seit Januar dieses Jahres im Wiener Landesgericht wegen versuchten schweren Versicherungsbetrugs sowie sechsfachen Mordes und Mordversuchs der Prozeß gemacht wird.

Was im wiedervereinten Deutschland die allesverschlingende Krake Stasi be-

* Bundespräsident Waldheim (2. v. l.), Kanzler Vranitzky (M.), Vizekanzler Riegler, Außenminister Mock, Wirtschaftsminister Schüssel.

wirkt, schafft in Österreich im Alleingang der gelernte Schweinehirt und spätere Zuckerbäcker Proksch, dessen „Demel“-Konditorei Treffpunkt vor allem linker Prominenz war: Oberhammer ist nicht der einzige Politiker, der einen jähen Karriereknick erlebte, weil er irgendwann einmal von dem Halbweltgenie Proksch gestreift wurde. Die Freundschaft mit Proksch hatte schon reihenweise SPÖ-Spitzenpolitiker um ihre Ämter gebracht.

Daß ÖVP-Chef Josef Riegler sich von der eigenen Partei unter Druck setzen ließ, um den bereits ausgehandelten Kandidaten doch noch fallenzulassen, zeugte nicht gerade von der Durchsetzungskraft des Konservativen-Führers, der schon im Wahlkampf alt ausgesehen hatte. „Eine miese Gangart“ bescheinigten die konservativen *Salzburger Nachrichten* der ÖVP und nannten den Parteichef einen „Hampelmann“.

In der ÖVP stieß man sich weniger an Oberhammers Beziehungen zu Proksch als vielmehr daran, daß der parteilose Justizbeamte stets als Protegé des einstigen sozialistischen Justizministers Christian Broda galt und, damit nicht genug, 1975 von den Sozialisten auf den Posten des ORF-Generalintendanten gehievt worden war.

Broda wiederum gilt als Urtyp jenes sozialdemokratischen Politikers, „der das Recht seinen Intentionen gemäß zurechtbog und gegen seine Feinde als Waffe, für seine Freunde als Schutzschild einsetzte“, wie der Politikwissenschaftler Norbert Leser schreibt**.

Broda hatte das Weisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft perfektioniert, das dem österreichischen Justizminister den direkten Eingriff in schwebende Verfahren erlaubt, um sie zu beschleunigen oder aber einzustellen.

Daß Kanzler Vranitzky einen Mann zum Justizminister machen wollte, dem nachgesagt wird, daß er genau aus dieser Tradition kommt, dessen Ehefrau zudem Vertraute einer Proksch-Gespielin ist und ihr in Verbindung mit dem Proksch-Prozeß juristischen Rat erteilte, war dem ÖVP-Fußvolk zuviel.

Mit dem erzwungenen Verzicht auf Oberhammer und der Berufung des eben-

falls parteilosen Präsidenten der Notariatskammer, Nikolaus Michalek, zum Justizminister wurde die Koalition im letzten Moment doch noch mühsam gerettet – für wie lange sie nach diesem verunglückten Start halten wird, wagt niemand vorherzusagen.

Daß dieser Kuhhandel in aller Öffentlichkeit ablief, war selbst für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich. Die Grünen nannten denn auch die Regierungsbildung „einen symbolhaften Fehlstart, verbunden mit beschämender Postenschacherei“.

Zumindest ein Österreicher war mit dem Resultat der kläglichen Kungelei hochzufrieden – Rechtsaußen Jörg Haider: „Ich lehne mich jetzt zurück und schaue in Ruhe zu, wie die sich selber zerstören.“

Albanien

Trügerische Ruhe

Parteichef Alia versucht sein Land vorsichtig zu demokratisieren – doch dem Volk geht es zu langsam.

Die aufgebrachte Menge stürmte in die Innenstadt von Elbasan, einem rußgeschwärzten Stahlzentrum nur 50 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Tirana.

Erst ging ein Kino in Flammen auf, dann splitterten die Schaufenster der Buchläden. Die Werke der kommunistischen Säulenheiligen Marx und Engels flogen in den Straßendreck, dazu die le-

dergebundenen Reden des 1985 verstorbenen albanischen Diktators Enver Hodscha.

Seltsam: Diesmal rief die Massendemonstration keine Losungen; die meisten jungen Männer hatten auch kein Transparent dabei. In grölender Wut warfen sie die Autos kommunistischer Funktionäre vor dem Parteihaus um und versuchten das Gebäude anzuzünden.

Erst als Soldaten und Panzer der Armee aufmarschierten, kühlte der Volkszorn ab, und die Menge lief auseinander. Sieben Stunden lang dauerte die Straßenschlacht am 14. Dezember in Elbasan, nicht viel weniger in Shkoder, der Hauptstadt der nördlichen Provinz, wo Demonstranten das Parteihaus und eine Polizeikaserne besetzten.

Dann herrschte vorerst wieder Ruhe im Land – eine trügerische Ruhe. An allen strategisch wichtigen Punkten in den Städten waren Panzer der Armee aufgefahren, die das Land unter bewaffneter Kontrolle hielten.

Staats- und Parteichef Ramiz Alia, 65, seit 1985 als Nachfolger des Stalinisten Enver Hodscha im Amt, wurde durch den Aufruhr offensichtlich ebenso überrascht wie die örtlichen Polizeichefs. Im Fernsehen sprach Ramiz Alia von Zerstörungen durch „Hooligans“ und „isolierte kriminelle Elemente“.

Den gleichen Tenor hat auch die Anklage des Generalstaatsanwalts gegen 157 festgenommene Aufrührer: „Illegale Zusammenrottung, Plünderung von Volksvermögen und tödliche Drohungen“.

Daß die Aufrührer auch noch andere Motive hatten, darauf verwies Gramoz Pashko, 35, bis vorige Woche einer von



Parteichef Alia (l.), Studentenführer*: „Gründet eure eigene Partei“

* Bei einer Diskussion im „Palast der Brigaden“ in Tirana am vorletzten Dienstag.

** Norbert Leser: „Salz der Gesellschaft. Wesen und Wandel des österreichischen Sozialismus“. Orac Verlag, Wien; 416 Seiten; 49,80 Mark.